

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

65 (7.3.1914) 2. Blatt

Volkswirtschaft, Sozial- und Kommunalpolitik.

Die Bevölkerungsfrage der Städte und die Verkehrsmittel.

* Auf dem feineren in Christiania abgehaltenen internationalen Trambahn-Kongress erstattete u. a. Stadtrat Dr. Knebes aus München Bericht über die Bevölkerungsfrage der Städte und die Verkehrsmittel in der Hoffnung, daß seine zunächst für München angestellten Studien auch von anderen Städten angelehrt werden, um allgemeine und genau formulierte Gesetze zu erhalten.

Einleitend wird bemerkt, wie in München der Dienst des städtischen Verkehrs wirkt, der nicht allein die Tramway leitet, sondern auch die Aufgabe hat, die Verkehrsmittel in ihrem Ganzen zu kontrollieren und den Anlaß zu Neuerungen zu geben. Die Produktionskosten betragen 4,76 Pfg. für das Wagenkilometer, wovon ungefähr 3,57 Pfg. reine Betriebskosten sind.

Der erste Teil des Berichts behandelt den städtischen, gegenüber dem privaten Betrieb und vertritt den Standpunkt, daß eine Vereinigung beider Systeme wohl zur besten Lösung führen dürfte. Es ist ein großer Fortschritt, daß der städtische Betrieb aus kommerziellen Gesichtspunkten anders als der private geführt werden müsse, der einzige Unterschied liegt in der Verwendung des Nettoüberschusses.

In dem zweiten Teile wird zu der Theorie, daß die Verkehrsmittel und die Baugrundentwicklung einer Stadt in mathematischem Verhältnis zueinander stehen, d. i. daß die bewohnbare Zone in Quadratkilometern proportional dem Quadrate des Abstandes ist, den man in einer gegebenen Zeit durchlaufen kann, darauf hingewiesen, daß die bebauten Fläche nicht der einzige Faktor ist, mit dem zu rechnen ist, vielmehr noch eine Anzahl anderer Faktoren in Betracht kommt. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß neue Verkehrsmittel zum Wertzuwachs der angrenzenden Gelände führen und ihr Einfluß auf die weiter abliegenden schwächer wird. Die Auffassung der Wohnungsreformer, daß man möglichst viel Boden für den Wohnungsbau bereit machen muß, hat eigenartige Schwierigkeiten. Nach den Erfahrungen in München sind es die Grundeigentümer, die ein besonderes Interesse an der Vermehrung der Trambahnlagen haben, da sie in Grund spekulieren und oft nach einem irrationalen Wertzuwachs handeln, wobei der kleine Eigentümer gefährlicher als der große ist.

In München würde die Stadtverwaltung nicht dem Bedürfnis entsprochen haben, wenn sie den Weg zur Stadtausbreitung durch Umlegung der Ländereien in Baugrund beschränkt hätte. Durch Erfahrungen kann festgestellt werden, daß jahrelang das Vorhandensein von Trambahnen die rasche Entwicklung nicht gefördert hat und daß andere Faktoren zur Förderung des Häuserbaues verhelfen mußten. Dagegen ist konstatiert, daß in Stadtgebieten ohne Wege große Stadtteile sich rasch durch das Eingreifen unternehmender Männer entwickelt haben. Die Trambahnen kamen erst später nach.

Der dritte Teil betrifft die mit der Verkürzung der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz verbundenen Kosten. Eine gesunde Begründung lehrt, daß eine Gemeindeframbahn nicht unter den Selbstkosten arbeiten kann und darf. Ein Defizit kann viel eher in einer Trambahnunternehmung als in einer Fabrik entstehen.

In dem vierten Teile sind die Beziehungen zwischen Bodenpreisen, Baukosten und Verkehrskosten einer Betrachtung unterzogen. Daraus geht hervor, daß in München eine sichere Grenze besteht, über die hinaus die Verkehrskosten keinen kompensierenden Einfluß mehr auf den Wohnungspreis ausüben können, oder mit anderen Worten, es kommt ein Augenblick, in dem der Preis der Wohnungen so hoch wird, daß der Unterschied zwischen diesem Preise im Zentrum und an der Peripherie nicht mehr durch die Verkehrspreise kompensiert werden kann.

Der fünfte Teil untersucht die Weise, in der die zukünftige Entwicklung wahrscheinlich stattfinden wird. Das gemischte System, bestehend in einer breit ausgefaßten Einmischung der Gemeinde in die private Unternehmung, ist durch Dr. Freund befürwortet und in Darmstadt bereits zur Anwendung gelangt, wo die städtische Trambahn einer Privatgesellschaft übergeben ist, deren Kapital zur Hälfte von der Gemeinde und zur Hälfte durch Private aufgebracht ist. In demselben Geiste haben verschiedene Gemeinden in der Rheinprovinz sich zusammengeschlossen, um eine Aktiengesellschaft zu gründen. Der städtische Betrieb wird somit verlassen, der im Gegensatz zu früheren Erwartungen die Wohnungsfrage nicht zu lösen imstande ist. (Techn. Gemeindeblatt, 16. Jahrgang Nr. 14.)

Sehr selten findet man eine Organisation, die die richtige Behandlung der städtischen Verkehrsfragen sichert. In dem freien Amerika ist die Regelung wahr-

scheinlich am strengsten, da sie ganz unter die bekannte Kommission in Newport gestellt ist; die Engländer wünschen dasselbe in London, doch ist es bis heute noch nicht gelungen. In Preußen ist ein Gesetz zum Zusammenwirken der Gemeinden für gemeinschaftliche Interessen in Frage gekommen, doch wird dies vielfach als bedenklich betrachtet.

Kommunalpolitisches aus Mannheim.

M. Mannheim, 2. März. Der hiesige Verkehrsverein wird in der diesjährigen *Maisfestwoche* vom 3. bis 10. Mai wiederum verschiedene Festlichkeiten veranstalten. Es handelt sich insbesondere um ein Illuminationsfest am Friedrichsplatz mit Feuerwerk, ein italienisches Abendfest auf verschiedenen Straßen und Plätzen, sowie ein Kinderfest mit Ballonpost. Der Stadtrat hat dem Verkehrsverein zur Durchführung dieser Pläne, verbehaltenlich der Bewilligung der erforderlichen Budgetmittel durch den Bürgerausschuß, einen Kredit eröffnet. — Theaterkommission und Stadtrat haben die Erhöhung der Abonnementspreise für das Großh. Hof- und Nationaltheater beschlossen. Zu dieser Maßregel, die mit Beginn des neuen Theaterjahres, d. h. mit dem 1. September in Kraft treten soll, wird die Zustimmung des Bürgerausschusses eingeholt werden. Die Erhöhung der Preise wird erforderlich, weil der Zuschuß der Stadtgemeinde zum Theater in den letzten Jahren ganz beträchtlich gestiegen ist. — In der Frage der „Arbeitschule“ hat die Schulkommission bestimmte Anträge gestellt. Während die Beschlußfassung hierüber noch zurückgestellt wurde, hat der Stadtrat sich aber schon jetzt damit einverstanden erklärt, daß in den 6. Abschlußklassen vom nächsten Schuljahr ab versuchsweise einzelne naturkundliche und geometrische Stunden in der Werkstätte des Schulhauses erteilt werden. — Der hiesigen Ortsgruppe des Handbundes für Gewerbe, Handel und Industrie wurde zur Abhaltung eines unentgeltlichen Buchführungskurses für Angehörige des gewerblichen Mittelstandes ein Schulsaal der Gewerbeschule überlassen.

M. Mannheim, 4. März. Der Stadtrat hat mit den hiesigen Krankenkassen vereinbart, daß sie auf Grund des § 1456 der Reichsversicherungsordnung die Ausstellung und den Umtausch der Quittungskarten für ihre Mitglieder gegen Gewährung einer Vergütung von 1/4 Prozent des verklebten Markenwerts übernehmen. Dadurch tritt eine erhebliche Verminderung des Personals des Sekretariats für Arbeiterversicherung ein. Der Vorteil der Änderung liegt hauptsächlich darin, daß die Versicherten ihre Quittungskarten jederzeit bei der Krankenkasse zurückverlangen können, da es nicht mehr nötig ist, die vollgeklebten Karten dem Sekretariat für Arbeiterversicherung zur Aufrechnung und Erneuerung zuzustellen. Auch durch die Wanderung der Karten über das Sekretariat sind mitunter den Arbeitern Nachteile entstanden, ohne daß irgend jemand ihnen dafür aufkommen konnte. Wenn nämlich ein Arbeiter kurz nach seinem Eintritt beim Arbeitgeber wieder austrat, so kam es häufig vor, daß sich die Karte unterwegs befand und er unter Umständen 2-3 Tage brauchte, um in ihren Besitz zu gelangen. Ohne Karte wird er aber nach einer hier, namentlich auch beim Arbeitsnachweis der Industrie bestehenden Übung, nicht zur Arbeit eingestellt oder vorgemerkt. Auf diese Weise haben nicht selten Arbeiter einen Lohnausfall von einem oder einigen Tagen gehabt, ohne daß man dafür irgend jemand haftbar machen konnte. Künftig kann als Aufbewahrungsort der Karte nur die eine Stelle der Krankenkasse in Betracht kommen, so daß die erwähnten Mißstände beseitigt sind. Eine Vereinbarung der erwähnten Art ist zunächst mit den Orts- und Innungskrankenkassen, d. h. mit der allgemeinen Ortskrankenkasse, der Ortskrankenkasse für Handelsbetriebe und der Ortskrankenkasse der häuslichen Dienstboten, sowie mit den Innungskrankenkassen der Metzger und Wirte getroffen worden; sie kann aber auch auf die Betriebskrankenkassen ausgedehnt werden. — Dem Ortsverein Mannheim des Jungdeutschländerbundes Baden hat der Stadtrat zur Veranstaltung von Vorträgen für die Schüler der Fortbildungs-, Gewerbe- und Handelsschule an einigen Sonntagen des Frühjahrs abends zwischen 1/6 und 8 Uhr den Vortragsaal der Kunsthalle unter Berechnung der jeweiligen Tageskosten überlassen.

Kleine Nachrichten.

B.C. Verein zur Förderung des badisch-pfälzischen Verkehrs. Am 3. ds. Mts. fand im kleinen Saal des Rathhauses zu Karlsruhe die ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung des badisch-pfälzischen Verkehrs durch Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Maxau statt. Die Versammlung wurde geleitet von dem Vorsitzenden des Vereins, Stadtrat Kölsch-Karlsruhe, der auch den Jahresbericht erstattete. Danach ist in der letzten Zeit in den Kreisen, die bisher dem Verlangen nach einer festen Brücke bei Maxau kühl oder ablehnend gegen-

über standen, die Sympathie für ein solches Projekt gewachsen. Nach dem gedruckten Berichte gehören dem Verein 114 Mitglieder an, darunter 12 badische, pfälzische und elsässische Gemeindeverwaltungen, 5 Handelskammern und Handelsgremien, 4 Verkehrsvereine, 4 weitere Vereine, 20 hervorragende industrielle Unternehmungen aus Baden, der Pfalz und den Rheinlanden und 68 Einzelmitglieder. Es wurde beschlossen, in der nächsten Zeit eine Mitgliederversammlung zu veranstalten, in der Obergeringenieur Winterkamp einen Vortrag über die Ausführungsmöglichkeiten einer festen Brücke bei Maxau halten wird. Außerdem sind Versammlungen in Landau und anderen Orten geplant. Den Rassenbericht erstattete Bankier Oskar Seeligmann. Nach dem Berichte der Rassenrevisoren Rechtsanwalt Frey-Karlsruhe und Bürgermeister Just-Randel wurde dem Schatzmeister Entlastung erteilt.

B.C. Der Verbandstag der badischen Grund- und Hausbesitzervereine findet Mitte Juni in Lörrach statt.

B.C. Donaueschingen, 4. März. Im Voranschlag für 1914 mußte der Umlagefuß von 47 auf 60 Pfennig erhöht werden. Das Projekt der Automobilverbindung unserer Stadt mit der Ostbahn soll jetzt verwirklicht werden. Wie Bürgermeister Schön in einer Versammlung des Verkehrsvereins mitteilte, beabsichtigt der Staat die geplanten Linien zu unterstützen und den Betrieb im Anschluß an die Eisenbahnverwaltung zu übernehmen. Neben dem Personenverkehr soll auch der Gütertransport durch das Automobil bewerkstelligt werden.

* Eine Ausstellung deutscher Edelsteine und Edelmetalle. In der großen Wandelhalle des preussischen Herrenhauses zu Berlin wurde die unter dem Protektorat des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg stehende Ausstellung deutscher Edelsteine und Edelmetalle eröffnet.

Finanzieller Wochenrückblick.

m. Frankfurt, 5. März. Die durch die Diskussionen über die russischen Rüstungen hervorgerufenen politischen Beforgnisse übten einen ungünstigen Einfluß auf die Börse aus und die zuversichtliche Haltung, welche in der letzten Zeit an derselben die Oberhand gewonnen hatte, geriet etwas ins Schwanken. Im weiteren Verlaufe konnte allerdings wieder eine etwas festere Stimmung Platz greifen, da die von verschiedenen maßgebenden politischen Kreisen abgegebenen beruhigenden Erklärungen ihre Wirkung nicht verfehlten. Allerdings ist der Spekulation vorerst die gute Laune verborben worden und sie zeigt wenig Neigung, neue Engagements einzugehen, zumal die enttäuschenden Dividendenrückgänge einzelner Industrie- und Bergbauaktien verstimmt und wirksame neue Anregungen fehlten. Die Veröffentlichungen der Geschäftsberichte der deutschen Großbanken brachten keine Überraschungen. Die Konzentrationstendenz weist bei unseren ersten Instituten neue Fortschritte auf. So erhöht die Deutsche Bank ihr Kapital von 200 auf 250 Millionen Mark, um die Bergisch-Märkische Bank in sich aufzunehmen. Ferner nimmt die Diskontogesellschaft eine Erhöhung ihrer Anteile von 200 auf 225 Millionen Mark vor, um ihre Betriebsmittel zu stärken und um 10 000 000 M. neue Aktien der Norddeutschen Bank in Hamburg zu erwerben, wodurch sie in den gesamten Aktienbesitz dieser Gesellschaft von 60 Millionen Mark gelangt. Auf den Bankenmarkt übten diese Vorgänge wenig Einfluß aus. Bei der Diskontokommanditgesellschaft befriedigte der Abschluß, nicht aber das Bezugsrecht von 1 1/2 Prozent und die Vorwegverkäufe von 5 Millionen Mark neuer Anteile durch das interne Konsortium. Deutsche Bank schließt sogar etwas schwächer, trotzdem der Reservezuwachs, der beim Umtausch sämtlicher Bergisch-Märkischer Bankaktien entstehen dürfte, auf 60 bis 65 Millionen Mark taxiert wird. Eine Stütze für den Montanmarkt bildeten die Dividendenrückgänge bei der Sibirien-Gesellschaft von 11 1/2 auf 15 Prozent für die Stammaktien und der Halbjahresausweis der Laurahütte. Schließlich neigte aber auch auf diesem Gebiet der Ultimomarkt zur Schwäche, ausgehend von Phönixaktien im Zusammenhang mit dem Hinweis auf die niedrigen Preise einzelner wichtiger Erzeugnisse der Eisenindustrie. Elektrizitätswerte lagen ruhig; einiges Interesse bestand für Edison. Chemische Werte, die bei Beginn unserer Berichtsperiode recht feste Haltung zeigten, gaben im weiteren Verlaufe ebenfalls nach. Gute Nachfrage erhält sich für Höchst, Scheideanstalt, Badische Anilin und Holzverfärbung. Von Maschinenfabriken bleiben Automobilwerke gut beachtet, da die Ansichten für diese Industrie von verschiedenen Seiten, neuerdings auch im Geschäftsbericht der Continental Caoutchouc und Guttapercha Company weiter als günstig bezeichnet werden. Benzaktien, die seither im freien Verkehr gehandelt wurden, gelangen morgen erstmalig zur offiziellen Notiz an der Mannheimer Börse. In dem von der Gesellschaft veröffentlichten Prospekt wird der Geschäftsgang als ein lebhafter bezeichnet. Die Umsätze sollen sich gegenüber dem Vorjahr neuerdings vergrößert haben und durch die Ertragsausichten sollen gute sein. Andere Industriewerte lagen ruhig. Schiffahrtsaktien konnten sich behaupten. Von Bahnen waren Canada begehrt und höher, während die anderen Sorten keine bemerkenswerten Veränderungen aufwiesen. Von den ausländischen Plätzen trafen farblose Berichte ein. Die gestrigen etwas höheren Notizen der Londoner und New Yorker Börse führten zu Deckungen am Montanmarkt. Befestigen konnten sich namentlich Phönix und auch Gelsenkirchener; letztere auf die Erwartung, daß die Dividende um 1 Prozent erhöht werden dürfte. Fonds lagen still. Deutsche und Österreichisch-Ungarische neigten zur Schwäche. Der Privatdiskont stellte sich heute auf 3 1/2 Prozent.

